

Stefan Fina, Martina Fromhold-Eisebith, Kati Volgmann

UNGLEICHES NORDRHEIN-WESTFALEN

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE
FÜR MEHR CHANCENGERECHTIGKEIT
UND STARKE ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN



Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden. Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autor_innen

Stefan Fina ist im Rahmen einer gemeinsamen Berufung der RWTH Aachen University und des ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH Dortmund Professor für Analyse und Monitoring urbaner Räume und leitet den Bereich Geoinformation und Monitoring am ILS.

Martina Fromhold-Eisebith leitet als Professorin den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie am Geographischen Institut der RWTH Aachen University.

Kati Volgmann forscht am ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH zu Trends der Raumentwicklung und Fragen der Vermessung von Metropolfunktionen in polyzentralen Räumen unter Verwendung (geo-)statistischer Methoden und Datenpotenzialen aus der Regionalstatistik.

Unter Mitarbeit von: Katinka Gehrig-Fitting (Textbearbeitung), Christian Gerten (Web-GIS), Jutta Rönsch (Karten und Abbildungen), Benjamin Scholz (Datenrecherchen und Analysen).

Für diese Publikation sind in der FES verantwortlich

Petra Wilke, Leiterin des Landesbüros Nordrhein-Westfalen der Friedrich Ebert-Stiftung.
Damian Jordan, Referent im Landesbüro Nordrhein-Westfalen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Stefan Fina, Martina Fromhold-Eisebith, Kati Volgmann

UNGLEICHES NORDRHEIN-WESTFALEN

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE FÜR MEHR CHANCENGERECHTIGKEIT UND STARKE ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Vorwort	3
1 Ungleiche Voraussetzungen für die Herausforderungen der Zukunft	4
1.1 Raumtypen der Chancengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit	4
1.2 Handlungsbedarfe zu den Raumtypen	4
2 Dimensionen der Ungleichheit	9
2.1 Arbeitsmarkt und Beschäftigung	9
2.2 Lebens- und Bildungschancen	10
2.3 Wohlstand und Gesundheit	10
2.4 Staatliches Handeln und Partizipation	11
2.5 Wanderungen	11
3 Handlungsempfehlungen	14
3.1 Einführung	14
3.2 „Klassische“ Ansätze einer ausgleichsorientierten Regionalförderung	14
3.3 Strukturwandel mit Zielen der Nachhaltigkeit verknüpfen	14
3.4 Leitkonzepte als Orientierungsmarken nutzen	14
3.5 Krisenresilienz und Robustheit von Regionen stärken	15
3.6 Mehr Fokus auf Gemeinwohlorientierung und Gerechtigkeit in der Raumentwicklung ...	15
3.7 Empfehlungen zu Raumtypen der Chancengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit	15
Anhang A: Dokumentation der Indikatoren	18
Anhang B: Wertebereiche der Indikatoren	20
Anhang C: Methodische Erläuterungen zur Clusteranalyse	22
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	24
Literaturverzeichnis	24

Vorwort

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein wichtiges Fundament für eine funktionierende Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unabhängig vom Wohnort sollen alle Bürger_innen in Deutschland die gleichen Entwicklungschancen und Teilhabemöglichkeiten bekommen. Der hohe Stellenwert dieses politischen Ziels wird auch durch seine Verankerung in Art. 72 des Grundgesetzes deutlich.

Obwohl die Frage nach gleichwertigen Lebensverhältnissen keine neue ist, hat sie in den vergangenen Jahren an Aktualität und Brisanz gewonnen. Vom wirtschaftlichen Aufschwung der 2010er Jahre haben nicht alle Menschen gleichermaßen profitiert, räumliche Unterschiede im Hinblick auf Wohlstand, Beschäftigung, Armut oder Gesundheit werden größer. Diese Unterschiede wurden insbesondere in der Corona-Pandemie deutlich sichtbar und wurden von dieser zudem noch verschärft.

Politisch stabil können eine Demokratie und ihre Gesellschaft aber nur dann bleiben, wenn sie den Anspruch, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, nie aus den Augen verlieren. Ein Blick ins Ausland zeigt, dass das Auseinanderdriften von Lebensrealitäten, gesellschaftlichen Gruppen oder auch städtischen und ländlichen Regionen zu zunehmenden Polarisierungen und zur Schwächung demokratischer Institutionen führen kann.

Die vorliegende Studie beschreibt sozioökonomische und regionale Disparitäten in Nordrhein-Westfalen, sie benennt daraus resultierende Herausforderungen und zeigt mögliche Handlungsansätze auf. Auf der Grundlage von repräsentativen Indikatoren zu den Themen Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Lebens- und Bildungschancen, Wohlstand und Gesundheit, staatliches Handeln und Partizipation sowie Wanderungsverhalten der Bevölkerung zeichnet sie ein hochgradig differenziertes Bild vom bevölkerungsreichsten Bundesland in Deutschland. Das überrascht nicht, betrachtet man die regionale Heterogenität, durch die NRW sich auszeichnet. Dementsprechend würde eine Einordnung in Städte und Kreise entlang eines Stadt-Land-Gefälles zu kurz greifen. Die Autor_innen arbeiten fünf Cluster heraus, die besonders an den Kriterien Chancengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit ausgerichtet sind:

1. Dynamische Großstadtreionen mit Exklusionsgefahr
2. (Groß-)städte im andauernden Strukturwandel

3. Klein- und Mittelstädte mit funktionalen Herausforderungen
4. Solide Mitte im geringer verdichteten Raum
5. Gemeinden mit Risiken der Peripherisierung

Dabei ist die Wahrnehmung von Lebensqualität natürlich individuell. Je nach Prioritäten und Empfinden spielen beispielsweise kurze oder lange Wege, die Verfügbarkeit und Qualität kultureller Angebote, die Leistungsfähigkeit des ÖPNV, die Nähe zur Natur oder die Höhe der Lebenshaltungskosten unterschiedlich große Rollen in der Beurteilung der eigenen Lebensqualität. Wichtig ist allerdings, dass Lebens- und Teilhabechancen auch über regionale Unterschiede hinweg gleichwertig sein sollten. Wenn Wirtschaftswachstum oder Krisen unterschiedlich starke Auswirkungen auf bestimmte Regionen haben, dann beeinflusst dies wiederum kommunale Haushalte, die wiederum weniger Mittel für die Bereitstellung von Infrastruktur, Mobilität, Bildung oder Daseinsvorsorge zur Verfügung haben.

Die Studie gibt eine detaillierte Übersicht über die sozioökonomische Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Die Autor_innen ordnen diese ein und präsentieren konkrete Handlungsempfehlungen für die politische Debatte. Unser Dank gilt Prof. Dr. Stefan Fina und Prof. Dr. Martina Fromhold-Eisebith, Dr. Kati Volgmann sowie dem Team des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Dortmund für die gute Zusammenarbeit. Wir würden uns freuen, wenn diese Studie dazu beiträgt, die Diskussion zur Frage nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen argumentativ zu bereichern und voranzutreiben. Wir wünschen allen Leser_innen eine interessante und aufschlussreiche Lektüre.

PETRA WILKE

Leiterin des Landesbüros Nordrhein-Westfalen
der Friedrich-Ebert-Stiftung

DAMIAN JORDAN

Referent im Landesbüro Nordrhein-Westfalen
der Friedrich-Ebert-Stiftung

1

UNGLEICHE VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT

Nordrhein-Westfalen ist nach aufreibenden Jahrzehnten des Strukturwandels mit anhaltenden Herausforderungen konfrontiert. Erfolgreiche großstädtische Arbeitsmärkte und die sogenannte Schwarmstadtdynamik führen durch anhaltenden Wachstumsdruck zu Überlastungserscheinungen von Infrastruktur und Wohnungsmärkten. Stadtferne Orte in strukturschwachen Lagen schrumpfen, viele Kommunen sind überschuldet. Neue finanzielle Belastungen in der Corona-Krise, z.B. durch steigende Sozialtransfers und wegbrechende Gewerbesteuererinnahmen, gefährden die Handlungsfähigkeit von Kommunalpolitik, um standortstärkende Investitionen zu initiieren. Trends und Treiber einer sozialräumlichen Polarisierung finden somit neuen Nährboden, die dem sozialpolitischen Ideal gleichwertiger Lebensverhältnisse entgegenwirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Unklar ist bislang, inwiefern die Auswirkungen der Corona-Pandemie diese Trends verstärken.

Die vorliegende Kurzfassung der Studie „Ungleiches Nordrhein-Westfalen“ beschreibt die Herausforderungen für das Bundesland Nordrhein-Westfalen und zeigt mögliche Handlungsansätze auf. Forschungsleitend für die Untersuchung sind zwei Schwerpunktsetzungen:

1. Die Erfassung und Beschreibung sozioökonomischer Disparitäten mit insgesamt 29 repräsentativen Indikatoren, die in der Zusammenschau den Ist-Zustand (Input) und die perspektivische Wirkung (Output und Outcome) für die Themenbereiche Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Lebens- und Bildungschancen, Wohlstand und Gesundheit, staatliches Handeln und Partizipation sowie Wanderungen in den Blick nehmen.
2. Darauf aufbauend werden Handlungsbedarfe beschrieben und mögliche Maßnahmen im Hinblick auf Chancengerechtigkeit und Herausforderungen der Zukunft diskutiert.

1.1 RAUMTYPEN DER CHANCENGERECHTIGKEIT UND ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Die Disparitätenkarte Nordrhein-Westfalen (Abbildung 1) zeigt eine zusammenfassende Karte der Chancengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit für Nordrhein-Westfalen für neun besonders aussagekräftige Kennziffern (Indikatoren) zur Beschreibung der Rahmenbedingungen für gleichwertige Lebensverhält-

nisse. Hierfür wurden in einer geostatistischen Clusteranalyse ähnliche Werteausprägungen zu fünf Gebietsabgrenzungen zusammengeführt, den (1) dynamischen Großstadtreionen mit Exklusionsgefahr, (2) den (Groß-)Städten im andauernden Strukturwandel, (3) den Klein- und Mittelstädten mit funktionalen Herausforderungen, (4) der soliden Mitte in geringer verdichteten Räumen, sowie (5) den Gemeinden mit Risiken der Peripherisierung. Die Farblogik der Karte orientiert sich an der Zentralität bzw. dem Verstädterungsgrad. Als Interpretationshilfe werden die in die Karte eingeflossenen Indikatorwerte in Tabelle 1 beschrieben. Die Werteausprägungen für jeden Raumtyp werden dabei mit Symbolen¹ und Farben² gegenüber dem Landesdurchschnitt illustriert.

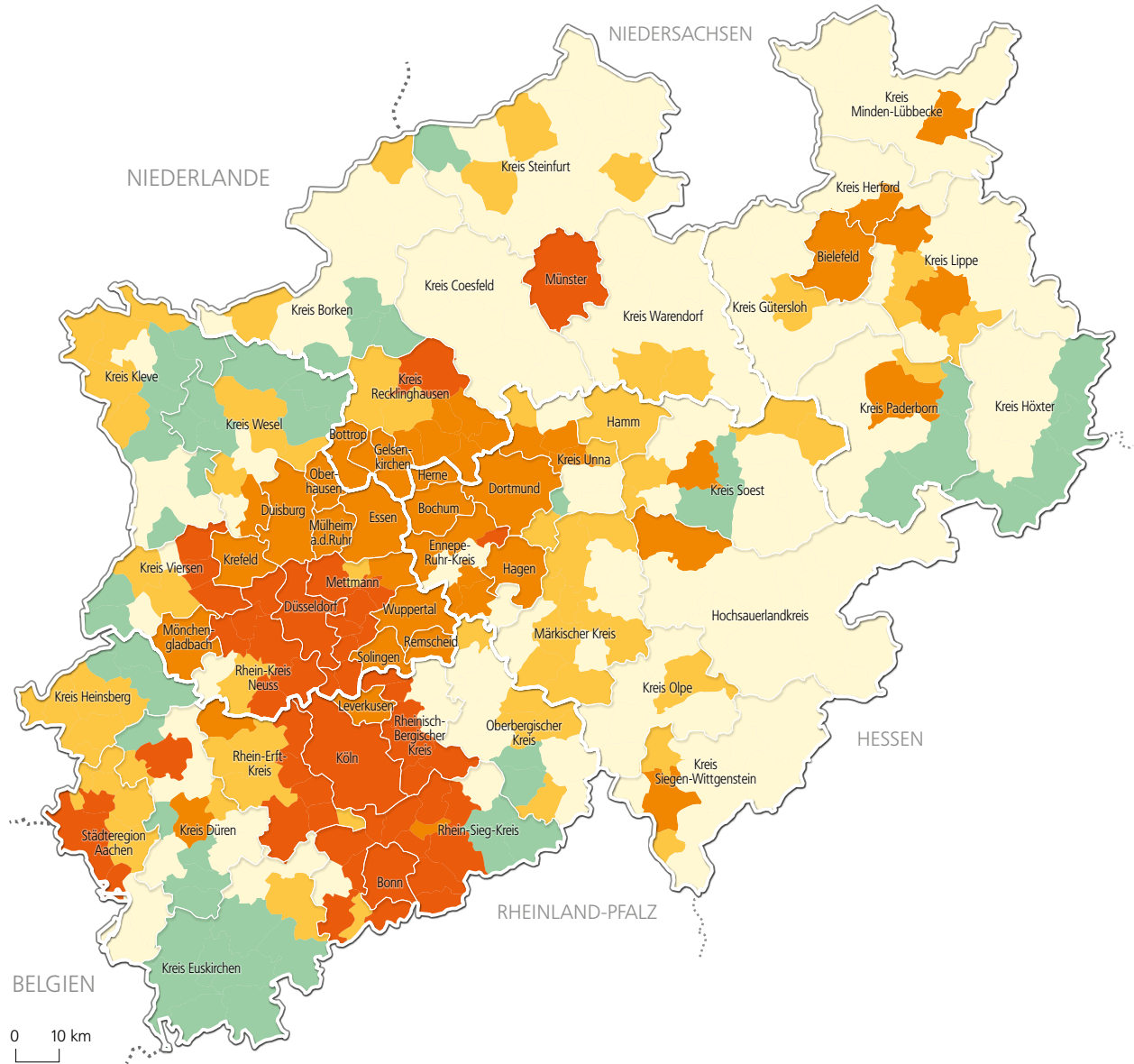
1.2 HANDLUNGSBEDARFE ZU DEN RAUMTYPEN

Für die in Tabelle 1 beschriebenen Raumtypen sind in nachfolgender tabellarischer Gegenüberstellung Handlungsbedarfe abgeleitet, die Orientierung für die passgenaue Gestaltung einer chancengerechten und zukunftsfähigen Entwicklung der Regionen in NRW bieten. Den Interpretationen links in der Tabelle werden schlaglichtartig die wichtigsten Erfordernisse in der rechten Spalte gegenübergestellt.

-
- 1 Stark überdurchschnittlich bzw. überdurchschnittlich: ↑ bzw. ↗; durchschnittlich: 0; unterdurchschnittlich bzw. stark unterdurchschnittlich: ↓ bzw. ↘.
 - 2 ● Dunkelrot bzw. ● rot: sehr negativ bzw. negativ; ● grau: weder positiv noch negativ; ● grün bzw. ● dunkelgrün: positiv bzw. sehr positiv.

Abbildung 1
Disparitätenkarte Nordrhein-Westfalen

NORDRHEIN-WESTFALEN



Raumtypen der Chancengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit

- dynamische Großstadtreionen mit Exklusionsgefahr
- (Groß-)Städte im andauernden Strukturwandel
- Klein- und Mittelstädte mit funktionalen Herausforderungen*
- solide Mitte in geringer verdichteten Räumen
- Gemeinden mit Risiken der Peripherisierung

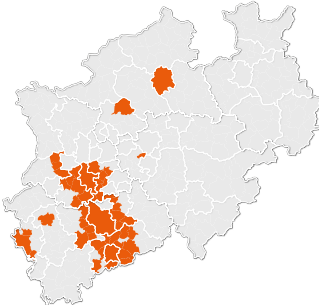
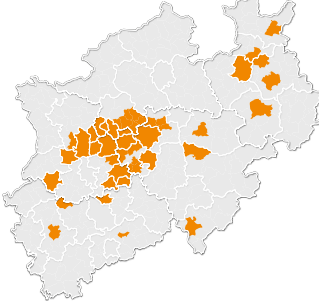
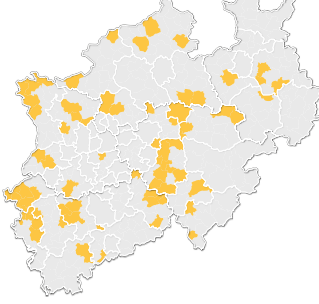
* Ausnahmen sind die Großstädte Hamm und Gütersloh, die im raumplanerischen System der Zentralen Orte als Mittelzentren definiert sind.

Die Disparitätenkarte fasst Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit ähnlichen sozioökonomischen Profilen zu *Raumtypen der Chancengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit* zusammen. Die Farblogik orientiert sich an der Zentralität bzw. dem Verstärkungsgrad der dargestellten Raumtypen, von vornehmlich großstädtisch über mittel- und kleinstädtisch geprägten Städten bis zu ländlich und peripher gelegenen Kommunen.

Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: eigene Berechnung, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Tabelle 1

Charakterisierung der Raumtypen für Nordrhein-Westfalen aus der Disparitätenkarte

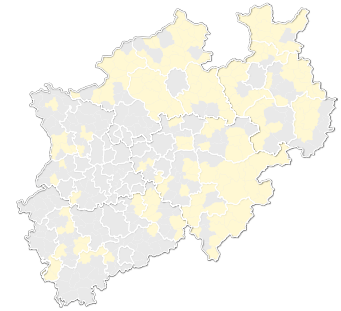
Charakterisierung	Indikatorwerte	räumliche Ausdehnung		
Dynamische Großstadtregionen mit Exklusionsgefahr (50 Gemeinden; 4,53 Mio. Einw.)				
<p>Ein sehr hoher Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten, hohe Mediangehälter und ein zwar negativer, aber im NRW-Vergleich überdurchschnittlicher Wanderungssaldo sind kennzeichnend für den Cluster der „Schwarmstädte“ und deren dynamisches Umland. Er setzt sich im Wesentlichen aus den Metropolen des Rheinlands und ihren Umlandgemeinden zusammen, ebenso wie aus Hochschulstandorten wie Münster, Aachen mit Würselen und Roetgen, Herdecke und Jülich. Werte für den Wanderungssaldo und die Breitbandversorgung liegen leicht über dem Durchschnitt. Trotz wirtschaftlicher Stärke deuten die mittlere Kinderarmut, die hohen Mietpreise sowie die Pro-Kopf-Verschuldung auf eine erhöhte Exklusionsgefahr insbesondere für einkommensschwächere Haushalte hin.</p>	<p>HQ-Beschäftigte (20,2%, NRW Ø 12,1%)</p> <p>Pendelnde (> 50 km) (9,6%, NRW Ø 9,9%)</p> <p>Kinderarmut (11,7%, NRW Ø 11,2%)</p> <p>Beschäftigungsquote Frauen (56,0%, NRW Ø 55,9%)</p> <p>Mietpreise (8,72 EUR/qm, NRW Ø 6,8 EUR/qm)</p> <p>Mediangehalt Wohnort (3.786 EUR, NRW Ø 3.448 EUR)</p> <p>Breitbandversorgung 1 Gbit/s (35,7%, NRW Ø 30,8%)</p> <p>Verschuldung je Einw. (2.461 EUR, NRW Ø 2.108 EUR)</p> <p>Wanderungssaldo 18–30 Jahre (–36 Pers. je 1.000 Einw., NRW Ø –70)</p>			
	(Groß-)Städte im andauernden Strukturwandel (45 Gemeinden; 6,56 Mio. Einw.)			
	<p>Dieser Cluster enthält vornehmlich (groß-)städtisch geprägte Kommunen. Enthalten sind die hoch verschuldeten Städte und Gemeinden des Ruhrgebiets mit Leverkusen, Mönchengladbach, Bedburg und Düren, Siegen, Arnsberg, Soest sowie die westfälischen Städte Bielefeld, Herford, Bad Salzuflen, Minden, Detmold und Paderborn. Charakteristisch sind die extrem hohen Werte für die Kinderarmut. Im Durchschnitt lebt fast jedes vierte Kind in einem von Sozialtransfers abhängigen Haushalt. Die Einkommensmöglichkeiten sind zwar unterdurchschnittlich und die Frauenbeschäftigungsquote relativ niedrig, es gibt aber durchaus einen hohen Anteil an hochqualifizierten Beschäftigtenungsverhältnissen. Die relativ stabile demografische Entwicklung (siehe Wanderungssaldo) dürfte in diesem Raumtyp durch hohe Anteile an Fluchtzuwanderung begründet sein.</p>	<p>HQ-Beschäftigte (13,3%, NRW Ø 12,1%)</p> <p>Pendelnde (> 50 km) (9,3%, NRW Ø 9,9%)</p> <p>Kinderarmut (22,6%, NRW Ø 11,2%)</p> <p>Beschäftigungsquote Frauen (52,3%, NRW Ø 55,9%)</p> <p>Mietpreise (6,78 EUR/qm, NRW Ø 6,8 EUR/qm)</p> <p>Mediangehalt Wohnort (3.401 EUR, NRW Ø 3.448 EUR)</p> <p>Breitbandversorgung 1 Gbit/s (58,5%, NRW Ø 30,8%)</p> <p>Verschuldung je Einw. (4.583 EUR, NRW Ø 2.108 EUR)</p> <p>Wanderungssaldo 18–30 Jahre (29 Pers. je 1.000 Einw., NRW Ø –70)</p>		
		Klein- und Mittelstädte mit funktionalen Herausforderungen (72 Gemeinden; 2,84 Mio. Einw.)		
		<p>Dieser Cluster enthält überwiegend mittel- und kleinstädtisch geprägte Gemeinden mit teilweise ländlichen Strukturen im Sieger- und Sauerland, im Münsterland sowie Ostwestfalen abseits der wirtschaftlichen Großstädte. Ausnahmen sind die Mittelzentren Gütersloh (seit 2018 Großstadt) und Hamm mit jeweils über 100.000 Einwohner_innen. Problematisch in diesem Cluster ist die Arbeitsmarktstruktur mit einem sehr geringen Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten, stark unterdurchschnittlichen Einkommensmöglichkeiten, einer unterdurchschnittlichen Beschäftigungsquote für Frauen sowie Defiziten für Geschäftsfelder, die von einer zukunftsfähigen Breitbandversorgung abhängig sind. Folglich zeigen auch Sozialindikatoren an, dass z. B. ein hoher Anteil an Kindern in sehr einkommensschwachen Haushalten aufwächst. Zwar liegen Verschuldung und Lebenshaltungskosten im Mittelfeld der betrachteten Werte. Insgesamt müssen diese Gemeinden in Zukunft aber mit weiteren demografischen und ökonomischen Herausforderungen rechnen.</p>	<p>HQ-Beschäftigte (10,0%, NRW Ø 12,1%)</p> <p>Pendelnde (> 50 km) (9,4%, NRW Ø 9,9%)</p> <p>Kinderarmut (14,2%, NRW Ø 11,2%)</p> <p>Beschäftigungsquote Frauen (52,3%, NRW Ø 55,9%)</p> <p>Mietpreise (6,65 EUR/qm, NRW Ø 6,8 EUR/qm)</p> <p>Mediangehalt Wohnort (3.351 EUR, NRW Ø 3.448 EUR)</p> <p>Breitbandversorgung 1 Gbit/s (24,7%, NRW Ø 30,8%)</p> <p>Verschuldung je Einw. (2.064 EUR, NRW Ø 2.108 EUR)</p> <p>Wanderungssaldo 18–30 Jahre (–36 Pers. je 1.000 Einw., NRW Ø –70)</p>	

Charakterisierung	Indikatorwerte	räumliche Ausdehnung
-------------------	----------------	----------------------

Solide Mitte in geringer verdichteten Räumen (179 Gemeinden; 3,22 Mio. Einw.)

Dieser Raumtyp enthält eine Reihe positiver Ausprägungen, z.B. bei der geringen Anzahl an Fernpendler_innen, der Kinderarmut und den Mietpreisen. Er hat aber ein wesentliches Problem: die hohen Abwanderungsraten von Menschen im Ausbildungs- und Berufseinstiegsalter. Die eher durchschnittlichen Einkommensmöglichkeiten und der unterdurchschnittliche Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten stützen die These, dass in den betroffenen Kommunen Arbeitsmarkt- und Erreichbarkeitsprobleme wichtige Handlungsfelder der Zukunft sind. Der Ausbau der aktuell noch durchschnittlichen Breitbandversorgung lässt zum Beispiel auf Versorgungslücken der Infrastruktur schließen. In diesen eher dünn besiedelten Gemeinden hängt viel davon ab, inwiefern es gelingt, jungen Menschen Rückkehr- und/oder Bleibeperspektiven anzubieten.

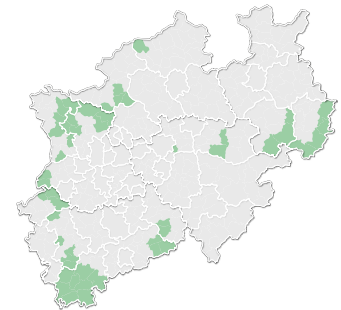
- HQ-Beschäftigte**
(10,6%, NRW Ø 12,1%) ⬇️
- Pendelnde (> 50 km)**
(8,6%, NRW Ø 9,9%) ⬇️
- Kinderarmut**
(7,8%, NRW Ø 11,2%) ⬇️
- Beschäftigungsquote Frauen**
(58,4%, NRW Ø 55,9%) ⬆️
- Mietpreise**
(6,37 EUR/qm, NRW Ø 6,8 EUR/qm) ⬇️
- Mediangehalt Wohnort**
(3.411 EUR, NRW Ø 3.448 EUR) ⊖
- Breitbandversorgung 1 Gbit/s**
(28,2%, NRW Ø 30,8%) ⊖
- Verschuldung je Einw.**
(1.457 EUR, NRW Ø 2.108 EUR) ⬇️
- Wanderungssaldo 18–30 Jahre**
(–106 Pers. je 1.000 Einw., NRW Ø –70) ⬇️



Gemeinden mit Risiken der Peripherisierung (50 Gemeinden; 0,77 Mio. Einw.)

Dieser Raumtyp zeichnet sich auf der positiven Seite zwar durch vergleichsweise geringe Lebenshaltungskosten (siehe Mietpreise), eine geringe Kinderarmut oder eine geringe Pro-Kopf-Verschuldung aus. Der Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten sowie die Beschäftigungsquote für Frauen sind durchschnittlich. Problematisch sind jedoch der negative Wanderungssaldo, der sehr hohe Anteil an Fernpendler_innen und die stark unterdurchschnittliche Breitbandversorgung, die einer Ausbreitung digitaler Geschäftsfelder im Wege steht. Die betroffenen Kommunen liegen auch geografisch häufig in (groß-)stadtfernen Lagen (Eifel, Niederrhein, Ostwestfalen), die auf problematische Erreichbarkeiten zukunftsfähiger Arbeitsmärkte schließen lassen. Die dünne Besiedlung in kleinstädtischen und ländlichen Sozialstrukturen dürfte der Grund dafür sein, dass Kinderarmut und Verschuldung pro Kopf relativ gering sind.

- HQ-Beschäftigte**
(11,1%, NRW Ø 12,1%) ⊖
- Pendelnde (> 50 km)**
(15,9%, NRW Ø 9,9%) ⬆️
- Kinderarmut**
(8,0%, NRW Ø 11,2%) ⬇️
- Beschäftigungsquote Frauen**
(55,5%, NRW Ø 55,9%) ⊖
- Mietpreise**
(6,45 EUR/qm, NRW Ø 6,8 EUR/qm) ⬇️
- Mediangehalt Wohnort**
(3.424 EUR, NRW Ø 3.448 EUR) ⊖
- Breitbandversorgung 1 Gbit/s**
(18,9%, NRW Ø 30,8%) ⬇️
- Verschuldung je Einw.**
(1.918 EUR, NRW Ø 2.108 EUR) ⬇️
- Wanderungssaldo 18–30 Jahre**
(–115 Pers. je 1.000 Einw., NRW Ø –70) ⬇️



Werte: Stark überdurchschnittlich bzw. überdurchschnittlich: ⬆️ bzw. ↙️; durchschnittlich: ⊖; unterdurchschnittlich bzw. stark unterdurchschnittlich: ⬇️ bzw. ↘️

Bewertung: ● Dunkelrot bzw. ⬇️ rot: sehr negativ bzw. negativ; ● grau: weder positiv noch negativ; ● grün bzw. ● dunkelgrün: positiv bzw. sehr positiv.

Tabelle 2

Kurzbeschreibung und Handlungsbedarfe in den Raumtypen

Dynamische Großstadtreionen mit Exklusionsgefahr

Die 4,53 Millionen Einwohner_innen in 50 Städten und Gemeinden profitieren von ökonomischen Standortvorteilen und ihrer Zentralität. Gute Verdienstmöglichkeiten, hohe Qualifikationsniveaus und vergleichsweise niedrige Abwanderungsraten stehen hohen Lebenshaltungskosten und einer sozialen Exklusionsgefahr gegenüber, die eine neue Welle der Suburbanisierung ins Umland und damit verbundene Infrastrukturengpässe auslöst.

- Erhalt der Attraktivität als Standort für hochwertige Arbeitsplätze trotz steigender lokaler Kosten für Gewerbeaktivitäten und qualifizierte Arbeitskräfte
- Erhalt der Attraktivität als Wohnort für Hochqualifizierte trotz steigender Wohnkosten und eventuell wachsender sozialer Konflikte sowie konzentrierter Umweltbelastungen
- Integration bislang exkludierter, bei Bildung und Beschäftigung in wachsendem Maße „abgehängter“ sozialer Gruppen in die städtische Gesellschaft und den Arbeitsmarkt
- Steigerung öffentlicher Einnahmen und Konsolidierung der städtischen Haushalte

(Groß-)Städte im andauernden Strukturwandel

Die überwiegend urbanen Räume mit 45 Städten und Gemeinden und 6,56 Millionen Einwohner_innen sind gekennzeichnet durch ökonomische und soziale Problemlagen. Geringe Verdienstmöglichkeiten, eine sehr hohe Kinderarmut, niedrige Frauenbeschäftigungsquoten und eine sehr hohe Pro-Kopf-Verschuldung beeinträchtigen die Chancengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Die Abwanderungsraten werden vermutlich durch Fluchtzuwanderung gedämpft. Das Arbeitsplatzangebot hält einen beträchtlichen Anteil hochqualifizierter Jobs bereit, Qualifikationsniveaus sind hoch, der Anteil an Fernpendler_innen ist gering.

- Steigerung der Attraktivität als Standort für hochwertige, auf Innovationen und neue Technologien gestützte Arbeitsplätze, die den aktiven Strukturwandel hin zu zukunftsfähigen Gewerbeaktivitäten antreiben
- gesteigerte Arbeitsplatzangebote für alle Qualifikationsgruppen und dabei speziell für Frauen im Zuge von lokalen Unternehmensgründungen und -erweiterungen
- Aufwertung der Wohn- und Aufenthaltsqualität für alle Bevölkerungsgruppen, um weitere Zuzüge zu begünstigen und Abwanderungen zu verhindern
- verstärkte Integration zuziehender sozialer Gruppen in die städtische Gesellschaft, vor allem bezogen auf Bildungsangebote und Arbeitsmarkt
- Steigerung öffentlicher Einnahmen und Konsolidierung der städtischen Haushalte

Klein- und Mittelstädte mit funktionalen Herausforderungen

Die 72 Gemeinden und 2,84 Millionen Einwohner_innen sind mit funktionalen Nachteilen konfrontiert, die sich in einem geringen Qualifikationsniveau, einem geringen Medianeinkommen sowie in einer unterdurchschnittlichen Infrastrukturausstattung, z. B. bei der Breitbandversorgung, ausdrücken. Diese Nachteile deuten auf ein geringes Arbeitsplatzangebot insbesondere für hochqualifizierte Beschäftigte hin. Die ökonomischen und infrastrukturellen Nachteile stehen im Zusammenhang mit einem geringen Einkommen und einer hohen Kinderarmut.

- Steigerung der Attraktivität als Standort für eine große Qualifikationsbreite an Arbeitsplatzangeboten, speziell auch für Frauen
- Steigerung hochwertiger, auf Innovationen und neue Technologien gestützte Wirtschaftsaktivitäten und Unternehmensgründungen, gestützt auf verbesserte IT-Infrastruktur
- Sicherung einer guten Erreichbarkeit naheliegender Oberzentren mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- verstärkte Integration zuziehender sozialer Gruppen in die städtische Gesellschaft, vor allem bezogen auf Bildungsangebote und Arbeitsmarkt
- Sicherung und Steigerung öffentlicher Einnahmen zur Konsolidierung der Haushalte

Solide Mitte in geringer verdichteten Räumen

Dieser Cluster umfasst 179 überwiegend gering verdichtete und kleinstädtische Gemeinden mit 3,22 Millionen Einwohner_innen abseits der wirtschaftlichen Zentren. Mit einer hohen Frauenbeschäftigungsquote, einer geringen Kinderarmut und einer geringen Pro-Kopf-Verschuldung weisen sie für zukünftige Entwicklungen gute Lebenschancen auf. Allerdings deutet der negative Wanderungssaldo und der geringe Anteil von Hochqualifizierten auf ein geringes Arbeitsplatzangebot für Hochqualifizierte. Insbesondere die demografische Entwicklung könnte sich im Wettbewerb der Regionen zu einem Standortnachteil mit Folgeeffekten auf Wirtschaft und soziale Entwicklung entwickeln.

- Erhalt der Attraktivität als Standort für eine große Qualifikationsbreite an Arbeitsplatzangeboten trotz eventuell wachsender nationaler wie internationaler wirtschaftlicher Wettbewerbsnachteile
- Steigerung hochwertiger, auf Innovationen und neue Technologien gestützte Wirtschaftsaktivitäten und Unternehmensgründungen, gestützt auf verbesserte IT-Infrastruktur
- Steigerung der Attraktivität für Zuzüge jüngerer, qualifizierter Bevölkerungsgruppen bzw. junger Familien
- Erhalt und Sicherung der relativ soliden Situation öffentlicher Finanzen

Gemeinden mit Risiken der Peripherisierung

Die 50 Gemeinden mit insgesamt 0,77 Millionen Einwohner_innen liegen in peripheren Lagen abseits der bedeutenden Zentren des Rhein-Ruhr-Raums. Nachteile sind lange Pendeldistanzen, geringe Breitbandversorgung sowie das niedrige Angebot an wissensintensiven Beschäftigungsmöglichkeiten. Die mittlere Wissensintensität der lokalen Wirtschaft sowie der deutlich negative Gesamtwanderungssaldo deuten darauf hin, dass diese Gemeinden Gefahr laufen, langfristig den Anschluss an die wirtschaftlichen Zentren des Landes zu verlieren.

- Steigerung der Attraktivität als Standort für eine große Qualifikationsbreite an Arbeitsplatzangeboten, speziell auch für Frauen
- deutliche Steigerung der Qualität der IT-Infrastruktur, um lagebedingte Standortnachteile durch mehr Optionen für Onlinegewerbe und Telearbeit zu kompensieren
- Steigerung hochwertiger Wirtschaftsaktivitäten und Unternehmensgründungen speziell in relativ standortunabhängigen Branchenfeldern (z. B. Onlinedienste), gestützt auf verbesserte IT-Infrastruktur
- Steigerung der Attraktivität für Zuzüge jüngerer, qualifizierter Bevölkerungsgruppen bzw. junger Familien
- Erhalt und Sicherung der relativ soliden Situation öffentlicher Finanzen

2

DIMENSIONEN DER UNGLEICHHEIT

Die Disparitätenkarte oben zeigt eine zusammenfassende Darstellung besonders aussagekräftiger Kennziffern für gleichwertige Lebensverhältnisse. Weitere themenspezifische Indikatoren sind in der Langfassung dieser Studie und einer interaktiven Webseite unter <https://fes.de/ungleiches-nrw.de> als Einzelkarten verfügbar und ausführlich beschrieben. Diese Kurzfassung stellt nachfolgend die wichtigsten Kernergebnisse zusammenfassend dar.

2.1 ARBEITSMARKT UND BESCHÄFTIGUNG

Die Arbeitsmärkte und die Beschäftigungsstruktur spielen für die Zukunftsfähigkeit der regionalen Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Der zunehmenden Polarisierung der Arbeitsmärkte

zwischen hoch bezahlten Beschäftigten der Wissensindustrie und einem großen Anteil von Menschen in wirtschaftlich prekären Verhältnissen gilt es entgegenzuwirken. Einkommen aus Erwerbstätigkeit zu erzielen ist daher eine zentrale, entscheidende Bedingung für soziale Teilhabe, die Realisierung eigener Lebensentwürfe und die Vermeidung von Altersarmut. Dabei können neben der wirtschaftlichen Leistung einer Region (*Bruttoinlandsprodukt je Einwohner_in*) insbesondere die grundsätzliche Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen (*Beschäftigungsquote am Arbeitsplatz*) als auch die hochqualifizierten Beschäftigten als wichtige Ressource im interregionalen Wettbewerb um innovative und wachstumsstarke Unternehmen für die Analyse ökonomischer Disparitäten herangezogen werden. Inwieweit die zunehmende Nachfrage nach wissensintensiver Arbeit auf entsprechend *hochqualifizierte Fach-*

Tabelle 3
Wesentliche Erkenntnisse – Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner_in	<ul style="list-style-type: none"> – hohe Produktivität in den Großstädten, aber auch in einigen weniger verdichteten Regionen mit einer gefestigten Unternehmensstruktur – Agglomerationsvorteile in Großstädten durch wissensintensive, hoch produktive und innovative Branchen – Zunahme des Gefälles zwischen produktiven und weniger produktiven Regionen
Beschäftigungsquote am Arbeitsplatz	<ul style="list-style-type: none"> – nahezu flächendeckender Anstieg der Beschäftigungsquote zwischen 2015 und 2019 – keine Zunahme der Disparitäten – im Mittel entwickeln sich die Mittelstädte dynamischer als die Kernstädte und Kleinstädte – hohe Beschäftigungsquoten in weniger verdichteten Regionen als Anzeichen für akuten Fachkräftemangel
Anteil hochqualifizierter Beschäftigter	<ul style="list-style-type: none"> – Konzentration von Zukunftsbranchen mit hoher Wissensintensität und Innovationskraft in Agglomerationsräumen – Zunahme der Disparitäten zwischen städtischen und weniger verdichteten Regionen – zunehmende Polarisierung der Arbeitsmärkte zwischen hoch bezahlten Beschäftigten der Wissensindustrie und einem hohen Anteil von Menschen in wirtschaftlich prekären Verhältnissen – Regionen abseits der Großstadtreionen fallen in der Versorgung mit gut bezahlten und zukunftssicheren Arbeitsstellen zurück – Maßnahmen zur Ansiedlung von Forschungs- und Innovationsförderung in Klein- und Mittelstädten könnten den Trend etwas abschwächen
Lokalisationsquotient	<ul style="list-style-type: none"> – primärer Sektor, produzierendes Gewerbe und Baugewerbe in weniger verdichteten Regionen überrepräsentiert, gleichzeitig Defizite im (höherwertigen) Dienstleistungsbereich – differenzierte städtische Spezialisierungsprofile – einzelne regionale Defizite in der grundlegenden Versorgungsfunktion
Anteil der Pendelnden mit einem Arbeitsweg von 50 km	<ul style="list-style-type: none"> – Großstädte – speziell die Städte im Rheinland, aber auch Aachen oder Münster – zeichnen sich durch eine sehr gute Erreichbarkeit der Arbeitsplätze aus – Anstieg langer Pendelwege in Großstädten und suburbanen Beschäftigungszentren – Trend zu immer längeren Pendelwegen – zunehmende Telearbeit könnte in Zukunft zu flexiblerem und geringerem Pendelverkehr führen

kräfte trifft und wie hochwertig und innovationsfähig die Regionalwirtschaft ist, wird durch den *Lokalisationsquotienten (LQ)* repräsentiert, der die regionalen defizitären Wirtschaftsaktivitäten aufdeckt. Neben den Beschäftigungsmöglichkeiten und ihrer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit hat die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort nicht unerheblichen Einfluss auf die Lebensqualität der Beschäftigten. Überdurchschnittlich lange Arbeitswege (*Anteil der Pendelnden mit einem Arbeitsweg von 50 Kilometern*) sind darüber hinaus ein Zeichen für ein räumliches Ungleichgewicht zwischen dem Angebot an Arbeitsplätzen und entsprechend qualifizierten Arbeitskräften. Die Tabelle 3 zeigt die wesentlichen Erkenntnisse dieses Abschnitts in der Übersicht.

2.2 LEBENS- UND BILDUNGSCHANCEN

Lebens- und Bildungschancen repräsentieren eine auf die soziale Infrastruktur ausgerichtete Dimension der Ungleichheit. Im Fokus stehen die Chancengleichheit für Frauen und Familien, hier repräsentiert durch den Indikator der *Beschäftigungsquote von Frauen*, Bildungserfolge bzw. deren Ausbleiben (*Schulabgänger_innen ohne Abschluss*) und Betreuungsangebote für Kinder und abhängige Personen (*Betreuungsquote von Kleinkindern*). Diese Angebote stellen für viele Personen zentrale Voraussetzungen für die Teilhabe am Erwerbsleben dar. Darüber hinaus ermöglicht die Unterstützung von Men-

schen in Armut für viele Betroffene die Überbrückung schwieriger Lebensphasen für die Rückkehr in ein autonomes Erwerbsleben, ist aber selbstverständlich auch ein Gebot der Humanität für nicht erwerbsfähige Personen (*Leistungsberechtigte, Kinderarmut, Altersarmut*). Die folgenden Kenngrößen (Tabelle 4) zeigen auf, inwiefern entsprechende Angebote in den nordrhein-westfälischen Kommunen vorhanden sind und genutzt werden.

2.3 WOHLSTAND UND GESUNDHEIT

Wohlstand und Gesundheit sind wesentliche Voraussetzungen für das Erleben von Lebensqualität. Ungleiche Standortfaktoren führen nicht nur zu einer Benachteiligung von Menschen, die vergleichsweise schlechteren Rahmenbedingungen ausgesetzt sind. Sie sind in letzter Konsequenz auch Auslöser von Wanderungsbewegungen, die zu neuen, sich selbst verstärkenden Problemlagen in Abwanderungsräumen führen können (siehe auch den Abschnitt zu „Wanderungen“). Entsprechende Anpassungen an die infrastrukturelle Ausstattung unter dem Handlungsdruck des demografischen Wandels, der Klimaanpassung, aber auch der digitalen Transformation erfordern Neubewertungen der Ist-Situation mit Blick auf die Perspektive, wie gleichwertige Lebensverhältnisse in diesem Themenbereich künftig ausgestaltet werden können. Besonders bedeutsame Kennziffern (siehe Tabelle 5) sind in dieser

Tabelle 4
Wesentliche Erkenntnisse – Lebens- und Bildungschancen

Beschäftigungsquote Frauen	<ul style="list-style-type: none"> – höhere Beschäftigungsquoten in weniger verdichteten und kleinstädtisch geprägten Kommunen – geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund – relativ gesehen höhere Quoten in Kommunen mit höheren Anteilen hochqualifizierter Beschäftigter – keine Rückschlüsse auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich
Leistungsberechtigte – SGB-II-Quote	<ul style="list-style-type: none"> – starkes Stadt-Land-Gefälle von Haushalten mit Leistungsbezug – Verschärfung in wenigen Städten bei landesweitem Rückgang der Quoten – Ausbildung milieubedingter Sozialstrukturen im Leistungsbezug – Tendenzen zur Verdrängung einkommensschwacher Haushalte in hochpreisigen Wohnungsmärkten
Betreuungsquote Kleinkinder	<ul style="list-style-type: none"> – höchste Betreuungsquoten in Klein- und Mittelstädten – gemischtes Bild in Großstädten, z.B. geringe Betreuungsquoten bei einkommensschwächeren Haushalten (Migrationshintergrund, Leistungsbezug) – steigende Kapazitätsengpässe u.a. durch Personalmangel
Kinderarmut	<ul style="list-style-type: none"> – sehr starkes Stadt-Land-Gefälle von Kindern in Haushalten mit Leistungsbezug – Werte von bis zu 40 Prozent im Ruhrgebiet bei landesweitem Rückgang der Quoten – negative Entwicklungen der vergangenen Jahre betrifft vor allem Kleinstädte – strukturelle Benachteiligung betroffener Kinder für den weiteren Lebensweg
Altersarmut	<ul style="list-style-type: none"> – Konzentrationen hoher Werte in Großstädten – soziale Abfederung von Betroffenheiten im Familienverbund, z.B. in weniger verdichteten Kommunen, aber auch in sozialen Gruppen mit Migrationshintergrund – Dunkelziffer Betroffener, die keine Unterstützung beantragen (verschämte Armut) – zukünftig steigende Anzahl betroffener Menschen
Schulabgänger_innen ohne Abschluss	<ul style="list-style-type: none"> – höhere Betroffenheiten in einzelnen Großstädten Nordrhein-Westfalens – hohe Betroffenheiten einzelner sozialer Gruppen, z.B. Menschen mit Migrationshintergrund bestimmter Länder – Bildungserfolg weiterhin stark abhängig vom Bildungsweg des Elternhauses – strukturelle Defizite bei Sprachförderung, Integration und Zugang zu digitalem Lernen

Tabelle 5

Wesentliche Erkenntnisse – Wohlstand und Gesundheit

<p>Pflegeeinrichtungen in Anzahl an Plätzen je 100.000 Einwohner_innen bzw. freie Dauerpflegeplätze je 100.000 Einwohner_innen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Landgemeinden bieten dreimal so viele Pflegeplätze wie der Landesdurchschnitt – deutlich unterdurchschnittliche Angebotszahl in Groß- und Mittelstädten, teilweise begründet durch vergleichsweise jüngere Bevölkerung – in Zukunft steigende Nachfrage durch Alterung der Gesellschaft und steigende Risiken der Altersarmut – Frauen sind durch höhere Lebenserwartung und sozioökonomische Benachteiligung überproportional auf Pflegeleistungen und Pflegeplätze angewiesen – problematische Engpässe in der Arbeitskräfteentwicklung wahrscheinlich
<p>Hausärztebesatz in Ärzt_innen je 10.000 Einwohner_innen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – leicht überdurchschnittliche Versorgung in NRW gegenüber Bundesdurchschnitt – bessere Versorgungssituation in Großstädten gegenüber weniger verdichteten und peripher gelegenen Kommunen – Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes des „Landarztes“/der „Landärztin“ notwendig – Chancen und Herausforderungen für Telemedizin in Kombination mit einer Stärkung der hausärztlichen Nahversorgung
<p>Mietpreise in Euro pro Quadratmeter</p>	<ul style="list-style-type: none"> – höchste Werte in Köln, Düsseldorf, Münster und Bonn im Landesvergleich, mit steigender Tendenz – hohe Lebenshaltungskosten als maßgeblicher Treiber von sozialer Exklusion vor Ort und Verdrängungstendenzen ins Umland – veränderter Zuzug in beliebte, aber teure Wohnlagen führt zu Ausweichbewegungen ins stadtreferentielle Umland, steigender Flächeninanspruchnahme und steigendem Pendelverkehr – starker Wettbewerb zwischen investorengetriebenem bzw. renditeorientiertem Wohnungsbau und sozialem Wohnungsbau bzw. bezahlbarem Wohnen
<p>Medianentgelt pro Monat am Wohnort in Euro je Einwohner_in</p>	<ul style="list-style-type: none"> – sehr hohe Einkommen in den wirtschaftlich prosperierenden Großstädten entlang der Rheinschiene (Bonn, Köln, Düsseldorf) und ihrem Umland, plus Haltern am See – trotz insgesamt hoher Werte steigende Einkommensungleichheit innerhalb der Großstädte – hohe Einkommensmöglichkeiten in Städten mit Unternehmen hoher „regionaler Marktmacht“ – insgesamt wachsende Einkommen im Beobachtungszeitraum bei stetiger geografischer Varianz – geringere Werte und Einkommensperspektiven in peripheren Lagen begründen Wanderungsmotive insbesondere für junge Menschen

Hinsicht die Grundversorgung mit ambulanten und stationären *Pflegeeinrichtungen* für eine alternde Gesellschaft, die auch im häuslichen Umfeld Angebote der medizinischen Grundversorgung künftig verstärkt nachfragen wird (*Hausärztebesatz*). Gleichzeitig sind die Ausgaben- und Einnahmenhöhen von Haushalten maßgebliche Stellgrößen für den erlebten Wohlstand. Hier geben die *Mietpreisbelastung* und das *Medianentgelt am Wohnort* Auskunft über Zustand und Trends der Einkommenssituation privater Haushalte.

2.4 STAATLICHES HANDELN UND PARTIZIPATION

Gleichwertige Lebensverhältnisse werden durch variable naturräumliche, historische und sich daraus ableitende wirtschafts- und sozialgeografische Rahmenbedingungen beeinflusst. Gleichwertigkeit kann deshalb keine identischen Rahmenbedingungen meinen. Sie ist vielmehr das Ergebnis eines gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses, der beständig Stärken und Schwächen einer Region in den Blick nimmt und aus diesen Erkenntnissen heraus eine Optimierung für gesamtgesellschaftliche Ziele anstrebt. Im interessen geleiteten Meinungspluralismus des 21. Jahrhunderts steht die Leistung *staatlichen Handelns* deshalb unter besonderen Herausforderungen: Sie muss Zielsetzungen erfassen, Defizite beseitigen oder kompensieren und gleichzeitig Chancen entwickeln. Der folgende Abschnitt (siehe Tabelle 6) nimmt diese Herausforderungen für ausgewählte Unterthemen des staat-

lichen Handelns, ergänzt um Aspekte von *Partizipation und Teilhabe* in Nordrhein-Westfalen, in den Blick: Die Erfassung von Zielen findet ihren Ausdruck in der *Wahlbeteiligung*, wenn Politik über das Mehrheitsvotum von Wähler_innen einen Auftrag für die Umsetzung und Aushandlung ihrer Konzepte und Programme erhält. Defizite liegen dann vor, wenn staatliches Handeln die Erwartungen nicht erfüllen kann, zum Beispiel durch finanzielle (*Steuerkraft*) und infrastrukturelle Defizite (*Nahversorgung Haltestellen*). Chancen wiederum werden beispielhaft über die staatliche Verantwortung in der Bereitstellung von *digitaler Infrastruktur* und ihrer Bedeutung für *digitale Teilhabe* der Bevölkerung beschrieben.

2.5 WANDERUNGEN

Die vorangehend beschriebenen Faktoren der Ungleichheit haben Auswirkungen auf das Binnenwanderungsverhalten der Bevölkerung, das auch als „Abstimmen mit den Füßen“ beschrieben wird (Siedentop et al. 2020). Menschen wählen ihren Wohnort gemäß ihrer persönlichen Präferenzen. Dabei spielen sowohl wirtschaftliche Erwägungen, wie die Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum und Verdienstmöglichkeiten, als auch weichere Standortfaktoren, wie die landschaftliche Attraktivität oder das kulturelle Angebot, eine Rolle (Buch et al. 2014). Für das Wanderungsverhalten insgesamt wird der *Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner_innen* herangezogen. Die Wohnstandortmobilität und die persönlichen Bestimmungsfaktoren des Wanderungsverhaltens unterliegen

Tabelle 6

Wesentliche Erkenntnisse – Staatliches Handeln und Partizipation

<p>Steuerkraft in Euro pro Einwohner_in</p>	<ul style="list-style-type: none"> – starke Disparitäten zwischen wohlhabenden Städten und peripheren Kommunen – steigende Steuereinnahmen in der Wachstumsphase der späten 2010er Jahre – hohe Abhängigkeit von Gewerbesteuereinnahmen und Einkommensteuer – problematischer Wettbewerb zwischen Kommunen um Gewerbesteuer – schwierige Fragen fiskalischer Planungssicherheit für die Krisenbewältigung
<p>kommunale Verschuldung in Euro pro Einwohner_in</p>	<ul style="list-style-type: none"> – hohe Schuldenlasten mit sehr hohen Werten in zahlreichen Großstädten – problematische Ausgabenhöhen für abhängige Haushalte im Ruhrgebiet und in Köln – neue Ausgaben in ungeplanter Höhe für die Krisenbewältigung mit (temporärer) Unterstützung durch Bund und Länder – Neubewertung der Debatten um Entschuldungsperspektive (mit Auflagen) für Kommunen durch Corona-Krise steht bevor
<p>Sachinvestitionen in Euro pro Einwohner_in</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Ungleichverteilung von Sachinvestitionen mit höheren Werten im Regierungsbezirk Münster und einzelnen Kommunen Westfalens und im Süden NRWs – höhere Investitionsraten pro Einwohner_in in ländlichen Kommunen durch Skaleneffekte – ansonsten realisieren größere Großstädte trotz Verschuldung deutlich höhere Sachinvestitionen und profitieren überproportional von Zuwendungen – regionale Koordinierung von Entwicklungschancen auch für Mittel- und Kleinstädte im Umfeld von Großstädten notwendig
<p>Nahversorgung Haltestellen, Erreichbarkeit in Minuten Gehzeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> – hohe Angebotsqualität mit Kapazitätsengpässen in hoch verdichteten Lagen – problematische Defizite und sich selbst verstärkende Autoabhängigkeit in ländlich und kleinstädtisch geprägten Kommunen – Nahversorgung mit dem öffentlichen Nahverkehr als wichtige Stellschraube der Verkehrs- und Mobilitätswende
<p>Wahlbeteiligung in Prozent</p>	<ul style="list-style-type: none"> – generell niedrigere Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen als im Bundesdurchschnitt – besonders niedrig in strukturschwachen Großstädten mit hohen Anteilen sozial benachteiligter Gruppen – Anstieg der Wahlbeteiligung durch kontroverse Themen wie die Flüchtlingszuwanderung 2015/16 (AfD-Effekt) – hohe räumliche Streuung durch Strahlkraft einzelner Kandidat_innen – lokale Strategien der Politikvermittlung zur Erhöhung der Reichweite demokratischer Mitbestimmung und Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes
<p>Breitbandanschlüsse größer 1 Gbit/s</p>	<ul style="list-style-type: none"> – starke Ungleichverteilung für Internetanschlüsse der nächsten Generation (Gigabitleitungen) – höhere Anschlussquoten in einzelnen Großstädten und Landkreisen mit Schwerpunkten im Norden des Landes – starke Benachteiligung ländlich-peripher gelegener Kommunen im Südosten des Landes – steigende Bedeutung zukunftsfähigen Internets für Anwendungen in E-Government, E-Health, E-Teaching und E-Commerce

allerdings starken alters- und lebensabschnittsbedingten Schwankungen (Heider 2019). So sind Familienwandernde (*Saldo Familienwanderungen je 1.000 Einwohner_innen*) aufgrund ihres Arbeitsorts und ihrer Familiensituation weniger flexibel hinsichtlich ihrer Wohnortwahl. Das Wanderungsverhalten ist dabei aber nicht nur das Resultat der räumlichen Ungleichheit, sondern auch ein wesentlicher Einflussfaktor der lokalen demografischen und ökonomischen Entwicklung (Stawarz/Rosenbaum-Feldbrügge 2020). Insbesondere das Wanderungsverhalten der mobilsten Bevölkerungsgruppe junger und gut ausgebildeter Erwachsener (*Saldo Bildungs- und Berufseinstiegswanderungen je 1.000 Einwohner_innen*) hat starke Auswirkungen auf die Entwicklung des regionalen Arbeitskräftepotenzials und kann somit ungleiche wirtschaftliche Entwicklungen verschärfen.

durch Migration ausländischer Bürger_innen und durch die teils staatlich gesteuerte Fluchtmigration beeinflusst wurde. Das Wanderungsverhalten internationaler Migrant_innen unterscheidet sich stark von der deutschen Binnenwanderung und ist deshalb nicht allein auf regionale Unterschiede in den Lebensverhältnissen zurückzuführen (Heider et al. 2020).

Bei allen Indikatoren zum Themenbereich Wanderung ist zu beachten, dass die Binnenwanderung auf der Gemeindeebene im Betrachtungszeitraum 2016 bis 2019 immer noch stark

Tabelle 7

Wesentliche Erkenntnisse – Wanderungen

<p>Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner_innen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - demografische Fragmentierung zwischen sehr dynamischen familienfreundlichen Gemeinden im zweiten Ring der dynamischen Großstädte und schrumpfenden Gemeinden in weniger verdichteten Regionen - auf der einen Seite führen Agglomerationsvorteile im Rhein-Ruhr-Raum zu Wanderungsgewinnen, auf der anderen Seite spielen lokale Bestimmungsfaktoren eine Rolle für Zuwanderung - schrumpfende Regionen kämpfen mit Wohnungsleerständen und einer rückläufigen Infrastrukturnachfrage, während wachsende Regionen nach neuen Lösungen der Flächennachfrage suchen - Push- und Pull-Faktoren, um Abwanderung in betroffenen Gemeinden entgegenzuwirken
<p>Saldo Familienwanderungen je 1.000 Einwohner_innen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wanderungsverluste bei Großstädten mit angespannten Boden- und Wohnungsmärkten - Profiteure sind gut erreichbare Umlandgemeinden - Gefahr der großräumigen Segregation zwischen Stadt und Umland
<p>Saldo Bildungs- und Berufseinstiegswanderungen je 1.000 Einwohner_innen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - mobile Altersgruppe orientiert sich an Bildungs- und Berufseinstiegsmöglichkeiten in Großstadtregionen - deutliches Stadt-Land-Gefälle - Kleinstädte und Landgemeinden mit Wanderungsverlusten bei „junger“ Bevölkerung - Ziel sollte sein, gut ausgebildete Arbeitskräfte in der Region zu halten

3

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

3.1 EINFÜHRUNG

Die Handlungsempfehlungen knüpfen an die regionalstatistischen Befunde an und gehen zunächst auf Leitideen ein, die grundlegend für die Gestaltung einer zukunftsorientierten Regionalentwicklung in NRW sind. Dies betrifft „klassische“ Ansätze einer ausgleichsorientierten Regionalförderung, Leitideen eines auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Strukturwandels, die Nutzung konzeptioneller Orientierungsmarken, Erfordernisse der Krisenresilienz sowie die Ausrichtung auf Gemeinwohlorientierung und räumliche Gerechtigkeit. Hieran schließen Handlungsempfehlungen zu den clusteranalytisch ermittelten fünf Raumtypen der Chancengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit an.

3.2 „KLASSISCHE“ ANSÄTZE EINER AUSGLEICHSORIENTIERTEN REGIONALFÖRDERUNG

Die immer noch erheblichen wirtschaftlichen und sozialräumlichen Disparitäten in NRW machen weiterhin Ansätze einer ausgleichsorientierten Regionalförderung bedeutsam. Maßnahmen sollten in Anlehnung an die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ gefährdete Arbeitsplätze stützen sowie Infrastruktur und Investitionsbedingungen verbessern. Das klassische Instrumentarium der regionalen Wirtschaftsförderung bietet hierfür Ansätze der Bestandspflege, der – nachhaltig auszurichtenden – Gewerbeflächenpolitik sowie der Gründungsförderung. Etablierte Strategien der Aktivierung endogener Potenziale bleiben bedeutsam, unterstützt durch die Verbesserung grundlegender Standortqualitäten und Gründerzentren als lokale Wachstumspole. Außerdem sind bei Kinderbetreuungs- und Bildungsangeboten Akzente zu setzen. Besonderen Fokus verdient der Ausbau der regionalen Innovationsfähigkeit und Wissensvernetzung über noch stärkere Verknüpfung von Hochschulen mit regionalen Gewerbe- und Verwaltungsaktivitäten. Das Leitbild eines intelligenten und integrativen Wachstums erfordert, F&E- und Qualifikationsförderung mit konsequenter Digitalisierung zu kombinieren. Smarte Ansätze sollten auch Regionalmarketing und interregionale Kooperationen stützen, etwa zwischen Stadt und Land.

3.3 STRUKTURWANDEL MIT ZIELEN DER NACHHALTIGKEIT VERKNÜPFEN

Die regional angepasste Gestaltung des wirtschaftlichen Strukturwandels bleibt eine Kernaufgabe in NRW. Sie ist betontermaßen als Chance zu begreifen, weil sie regionale „windows of opportunity“ schafft, um Erfordernisse der Nachhaltigkeit ins Zentrum zu rücken. Weil diese Studie für Teile NRW deutliche Nachhaltigkeitsrisiken belegt, sollten Ziele der nachhaltigen Regionalpolitik künftig stärker als Mainstreaming den aktiven Strukturwandel in NRW leiten. Gezielt sind vor allem Potenziale der Digitalisierung für eine Dekarbonisierung der Wirtschaft zu nutzen. Strukturwandel und Nachhaltigkeit lassen sich über die Förderung bestimmter Wirtschaftsbereiche kombinieren, mit Blick z.B. auf Umwelttechnologiebranchen, Gesundheitswirtschaft und Sharing Economy. Instrumente der Ansiedlungsförderung sind durch Bildungs- und Innovationsförderung zu flankieren. Die umweltbewusste Bioökonomie kann speziell in landwirtschaftlichen Regionen Impulse setzen, im Verbund mit anderen Elementen einer Nachhaltigkeitsstrategie, die Freiräume schützt, nachhaltige Landwirtschaft und Dorfentwicklung anregt sowie Natur und Kultur konstruktiv verbindet.

3.4 LEITKONZEPTE ALS ORIENTIERUNGSMARKEN NUTZEN

Akademische Konzepte, die Regionalförderung strategisch klarer gestaltbar und besser durchsetzbar machen, bieten für Stadt- wie weniger verdichtete und ländliche Regionen Handlungsanleitung. Bereits etabliert ist das Clusterkonzept, das die Wettbewerbsstärken regional kooperierender Akteur_innen desselben Branchensfelds betont. Die kritische akademische Diskussion legt nahe, Clusterförderung künftig thematisch offener und flexibler zu gestalten, außerdem den Innovationsfokus zu stärken. Das Konzept regionaler Innovationssysteme regt zu einer strategischer ausgerichteten Verknüpfung von Wissensgebenden und -anwendenden an. Potenzial für regionalökonomische Erneuerung bietet das Konzept kreativ-innovativer Milieus, das auf Impulse aus den persönlichen Kontaktnetzen verschiedener Schlüsselakteur_innen mit geteilter regionaler Identifikation setzt. Interessante Perspektiven zeigt zudem der in NRW teils schon verfolgte Smart-City-Ansatz einer systematischen Nutzung digitaler Tools für bessere städtische Lebens- und Arbeitsbedingungen auf. Über die Leitbilder „Smart Region“ oder „Smart Countryside“ sind nachhaltig ausgerichtete Digitalisierungsstrategien noch weiter zu tragen.

3.5 KRISENRESILIENZ UND ROBUSTHEIT VON REGIONEN STÄRKEN

Angesichts wachsender Kriseneinflüsse sind Gestaltungsansätze verstärkt auf regionale Resilienz und Robustheit auszurichten. Es geht um die regionale Anpassungsfähigkeit an Implikationen von Infektionspandemien sowie generell globale Herausforderungen und Schocks. Diese Studie verdeutlicht diverse Resilienzerfordernisse bzw. Gefährdungen der sozioökonomischen Robustheit von Regionen. Die Empfehlungen betreffen das fortlaufende datenbasierte Monitoring regionaler Krisengefährdungen. Außerdem sind Regionen reaktionsfähiger gegenüber Schocks aufzustellen, was sich teils mit Clusterförderung verbinden lässt. In jeder Region sind angepasst eigene Ideen zu entwickeln, wie Wirtschafts- und Innovationsfelder, Akteur_innen und Institutionen flexibel für Krisenreaktionen kombiniert und variabel ausgebaut werden können, mit Fokus auf Netzwerkstrategien. Es sind auch neuartige, originelle und unkonventionelle Wege einzuschlagen.

3.6 MEHR FOKUS AUF GEMEINWOHL-ORIENTIERUNG UND GERECHTIGKEIT IN DER RAUMENTWICKLUNG

Aufgaben der Regionalförderung werden zunehmend mit Gemeinwohlorientierung und Verteilungsgerechtigkeit in Verbindung gebracht, verbunden mit Nachhaltigkeitstrends. Ansätze der ausgleichsorientierten Regionalentwicklung sollten eine „gerechte Raumentwicklung“ unterstützen. Dies betrifft Aspekte wie Bildungsbeteiligung, medizinische Versorgung, die Steigerung der regionalen Lebensqualität und Konsolidierung öffentlicher Finanzen. Gestaltungsfelder sind zu kombinieren, z. B. Arbeits- und Wohnungsmärkte sowie die Verteilung von Zuwanderung. Besonders wichtig sind Attraktion und Integration junger Menschen auch in kleineren Städten sowie die Schaffung von Bleibeperspektiven für Jugendliche. Es gilt, die ökonomische Selbstorganisation oder die innovativen Kräfte bürgerschaftlichen Engagements zu aktivieren, mit Unterstützung sozialer Innovationen. Zu radikal nachhaltigen Trendwenden können einige Regionen über Experimente und „Living Labs“ neue Entwicklungsoptionen testen.

3.7 EMPFEHLUNGEN ZU RAUMTYPEN DER CHANCENGERECHTIGKEIT UND ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Folgend werden die Handlungsempfehlungen zu den fünf Raumtypen der statistischen Clusteranalyse zusammengefasst. Sie zeigen, wie die möglichen Gestaltungsansätze zu Portfolios zusammengestellt werden könnten, die jeweils an die Entwicklungsherausforderungen der Raumtypen angepasst sind.

Cluster 1: Dynamische Großstadtreionen mit Exklusionsgefahr

Trotz positiver Wirtschaftsdynamik und gut bezahlter Beschäftigungsangebote sind Herausforderungen einer ökonomischen, sozialen und nachhaltigen Entwicklung zu meistern. Steigende Mietpreise und sonstige Kosten verlangen die Ge-

staltung eines weiterhin attraktiven urbanen Arbeits- und Lebensumfelds. Wichtig sind bezahlbare Gewerbeflächen für kleinere Unternehmen einer umweltfreundlichen „Urbanen Produktion“ im nutzungsgemischtem Umfeld mit Nachfolgenutzung von Gewerbebrachen, die Kreislaufwirtschaft und Sharing Economy voranbringen. Hierfür können kreativ-innovative Milieus aktiviert werden. Zudem sollten städtebauliche Maßnahmen die Wohnortattraktivität stützen – das Monitoring der Mietpreisentwicklung ließe sich beispielsweise mit der Wohnbauförderung verbinden. Agglomerationsbedingte Umweltbelastungen sowie soziale Brennpunkte verlangen in besonderem Maße systemische Förderansätze mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit. Gemäß des Smart-City-Konzepts können digitale Tools viele Bereiche städtischen Lebens effizienter machen, von der Mobilität über die Ver- und Entsorgung bis hin zu Verwaltung und Arbeitsmarkt. Im Sinne der Gemeinwohlorientierung ist bei Ansätzen zu Bildung und Beschäftigung Sorge zu tragen, dass nicht Teile der städtischen Gesellschaft den Anschluss verlieren. Dazu lässt sich auch mehr private bzw. privatwirtschaftliche Initiative einbinden (z. B. „Corporate Regional Responsibility“).

Cluster 2: (Groß-)Städte im andauernden Strukturwandel

Diese oft lange industrialisierten Regionen bieten gute Ansatzpunkte bei Infrastruktur, Hochschulen und F&E-Einrichtungen, Förderinstitutionen und Fachkräften. Doch besteht die Herausforderung, die bisherigen (lock-in) Entwicklungspfade zu verlassen und evolutionär in neue Richtungen zu lenken. Belange der Nachhaltigkeit sind vor allem hier als Chance des aktiven Strukturwandels wahrzunehmen, im Verbund mit einer resilienzorientierten Strategie. Maßnahmen sollten auf eine wirtschaftliche wie soziale Diversifikation ausgerichtet sein, etwa wissensintensive Dienstleistungen und Umweltbranchen sowie gut bezahlte Arbeitsplätze für Frauen stützen. Erweiterte institutionelle Spielräume, Innovationen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie mehr private Initiativen sind nötig, um zuziehende soziale Gruppen bei Bildung und Arbeitsmarkt zu integrieren. Wichtig sind Anreize für Aufbau, Ansiedlung und Erweiterung hochwertiger Gewerbeaktivitäten in Zukunftsbranchen, auch hier mit Fokus auf umweltschonende Bereiche der „Urbanen Produktion“. Neue Gewerbeflächen sollten fast ausschließlich über die nachhaltige Nachfolgenutzung von Industriebrachen geschaffen werden. Regionale Innovationssysteme können Hochschulen, F&E und Technologieentwicklung strategisch neu auf den Strukturwandel ausrichten. Optionen bieten zudem die Aktivierung kreativ-innovativer Milieus und eine resiliente Clusterförderung.

Cluster 3: Klein- und Mittelstädte mit funktionalen Herausforderungen

Die hohe funktionale Abhängigkeit dieser Regionen von der Dynamik naheliegender Oberzentren ist zwar als typisches Muster räumlicher Entwicklung unvermeidbar. Doch sollten Maßnahmen gesetzt werden, um der Anziehungskraft jener Zentren eine eigene Wirtschaftsentwicklung entgegenzusetzen und Disparitäten nicht weiter wachsen zu lassen. Die Erreichbarkeit der Oberzentren sollte über den Ausbau öffentlicher Verkehrsangebote und andere Ansätze (wie Carsharing,

Mitfahrangebote, betriebliches Mobilitätsmanagement) ökologisch nachhaltiger gestaltet werden. Angesichts der Bevölkerungszunahme sind auch innerhalb der Regionen Mobilität und Bauen nachhaltiger zu entwickeln. Maßnahmen für mehr eigenständige Wirtschaftsentwicklung, auch durch Anziehung von Gewerbeaktivitäten aus den Oberzentren, können auf klassische Standortpolitik setzen, wobei vor allem die defizitäre Breitbandversorgung auszubauen ist. Es sind mehr regionale Arbeitsplatzangebote für alle Qualifikationsgruppen und speziell für hochqualifizierte Frauen zu schaffen. Zur Krisenresilienz tragen vor allem mehr technologieorientierte Unternehmen bzw. Gründungen bei, gestützt auf Wissens- und Technologietransfers aus Hochschulen der Oberzentren. Mit Blick auf Gemeinwohl und soziale Nachhaltigkeit ist die Integration von Alleinerziehenden und sozial benachteiligten Zugewanderten in den Arbeitsmarkt besonders zu unterstützen und durch Bildungsmaßnahmen zu flankieren.

Cluster 4: Solide Mitte in geringer verdichteten Räumen

Auch wenn hier viele günstig ausgeprägte Merkmale kaum Anlass für Handlungsempfehlungen bieten (z. B. kaum Armuts- oder Verschuldungsprobleme), wandern doch relativ viele junge Menschen im Erwerbsalter ab. Speziell der Mangel an Arbeitsmarktoptionen für Männer schafft im Verbund mit typischen Lage- und Ausstattungsnachteilen geringer verdichteter Räume regionale Gestaltungsbedarfe. So erfordern Defizite bei höher qualifizierten Arbeitsmöglichkeiten für den heimischen Nachwuchs den Aufbau besser bezahlter Jobs, auch mit Blick auf Resilienz. Ansätze der Standortpolitik sollten neue Gewerbeaktivitäten fördern, gestützt auf regionsspezifische Vorteile bei Flächenverfügbarkeit und Wohnqualität. Mit dem Aufbau breitgefächelter Wirtschaftsaktivitäten kann gut eine Strategie der nachhaltigen Füllung regionaler Versorgungslücken verbunden werden (z. B. regenerative Energien, Regionalprodukte, umweltschonende Bioökonomie). Über Anreize zur Ansiedlung innovativer Wirtschaftsaktivitäten, allem voran eine verbesserte Breitbandversorgung hin zur „Smart Countryside“, lassen sich die einst (Bildungs-)Abgewanderten wieder in die Region zurückholen. Die (Rück-)Gewinnung qualifizierter Bevölkerungsgruppen bzw. junger Familien kann sich außerdem auf soziale Innovationen, eine relativ gute Umwelt- und Wohnsituation sowie Aspekte des Gemeinwohls stützen.

Cluster 5: Gemeinden mit Risiken der Peripherisierung

In diesem von deutlichen Nachteilen und Strukturschwächen geprägten, geringer verdichteten Raumtyp sollten Fördermaßnahmen mit besonderem Nachdruck Defizite bei Arbeitsmarkt und Infrastruktur angehen, dabei ökonomische wie soziale Nachhaltigkeitsrisiken eindämmen. Das gesamte Instrumentarium einer ausgleichsorientierten Regionalförderung ist gefragt, mit Nutzung sowohl endogener Potenziale (z. B. Unternehmen und Hochschulen als Spin-off-Quellen) als auch exogener Quellen (z. B. Anziehung von Investor_innen, Kooperation mit externen Hochschulen). Um die benötigten Arbeitsplätze für verschiedene Qualifikationsgruppen zu schaffen, können Ansatzpunkte ökonomischer Spezialisierung auch über

Clusterinitiativen weiter entfaltet werden. Die große Flächenverfügbarkeit und landwirtschaftliche Expertise dieser Regionen bietet besonders gute Bedingungen für die – nachhaltig auszugestaltende – Bioökonomie, mit Produktion von Agrarrohstoffen für die gewerbliche Weiterverarbeitung. Nur wenn die hoch defizitäre Breitbandversorgung ausgebaut wird, können auch die infrastrukturellen Standortqualitäten für mehr digitale Arbeitsmöglichkeiten vor Ort sorgen. Um gewerbliche Impulse zu setzen und regionale Resilienz zu stützen, dabei die Gefährdung der grundlegenden Daseinsvorsorge zu vermeiden, ist in diesen Regionen in besonderem Maße Kreativität gefragt, gegebenenfalls durch gezielte Aktivierung des kreativ-innovativen Milieus.

Anhang A

Dokumentation der Indikatoren

#	Name	Quelle	Zeitraum
Pandemie und Ungleichheit			
1	Kurzarbeit	Bundesagentur für Arbeit	2020 (Mai)
2	Krisenbetroffenheit (Anteil Beschäftigte in Branchen mit hoher Krisenbetroffenheit)	https://www.prognos.com/presse/news/detailansicht/1931/7191bb33fdbdd1d3fdcf799f77ee0846/	2020
Arbeitsmarkt und Beschäftigung			
3	(Veränderung) Bruttoinlandsprodukt je Einwohner_in	www.statistikportal.de	2014–2018
4	(Veränderung) Beschäftigungsquote am Arbeitsort	Landesdatenbank NRW	2015–2019
5	(Veränderung) hochqualifizierte Beschäftigte	Bundesagentur für Arbeit	2015–2020
6	Lokalisationsquotient (5 Wirtschaftsbranchen)	Landesdatenbank NRW	2019
7	(Veränderung) Pendelnde mit einem Arbeitsweg von 50 km und mehr	INKAR: Pendlermatrizen der Bundesagentur für Arbeit	2007–2017
Lebens- und Bildungschancen			
8	(Veränderung) Beschäftigungsquote Frauen am Wohnort	Bundesagentur für Arbeit	2015–2020
9	(Veränderung) SGB-II-Quote	Statistik der Bundesagentur für Arbeit	2015–2020
10	Betreuungsquote der unter 3-Jährigen	Landesdatenbank NRW	2020
11	(Veränderung) Kinderarmut	Bundesagentur für Arbeit	2015–2019
12	(Veränderung) Altersarmut	Landesdatenbank NRW	2014–2018
13	Schulabgänger_innen ohne Abschluss	Regionalatlas Deutschland	2014–2018
Wohlstand und Gesundheit			
14	Anzahl freier Dauerpflegeplätze in Pflegeeinrichtungen (Mittelwert vom 16.12.2020 und 12.4.2021)	https://www.heimfinder.nrw.de/	2020/2021
15	Anzahl der Pflegeeinrichtungen pro 100.000 Einwohner_innen	https://www.heimfinder.nrw.de/	2020
16	Hausärztesbesatz	INKAR: Kassenärztliche Bundesvereinigung	2017
17	(Veränderung) Mietpreise je Quadratmeter	empirica Preisdatenbank	2015–2020
18	(Veränderung) Medianentgelt am Wohnort	Bundesagentur für Arbeit	2015–2019
Staatliches Handeln und Partizipation			
19	(Veränderung) gemeindliche Steuerkraft je Einwohner_in	Landesdatenbank NRW	2014–2019
20	Gewerbesteuer	Landesdatenbank NRW	2019
21	kommunale Verschuldung je Einwohner_in	Landesdatenbank NRW	2019
22	Investitionsfördermaßnahmen (Mittelwert)	Landesdatenbank NRW, Vierteljährliche Kassenstatistik des Bundes und der Länder	2016–2019
23	Sachinvestitionen (Mittelwert)	Landesdatenbank NRW, Vierteljährliche Kassenstatistik des Bundes und der Länder	2016–2019
24	Nahversorgung Haltestellen	ILS	2020
25	(Veränderung) Wahlbeteiligung	Landesdatenbank NRW	2013–2017
26	Breitbandverfügbarkeit 1.000 Mbit/s	Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	2019

#	Name	Quelle	Zeitraum
Wanderungen			
27	Gesamtwanderungssaldo (Zuzüge-Fortzüge)	Landesdatenbank NRW, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	2016–2019
28	Saldo Familienwanderungen (Zuzüge-Fortzüge)	Landesdatenbank NRW, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	2016–2019
29	Saldo Bildungswanderungen (Zuzüge-Fortzüge)	Landesdatenbank NRW, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	2016–2019

Anhang B

Wertebereiche der Indikatoren

Indikator	Jahr	Wertebereich von ... bis
Gemeindeebene		
Beschäftigungsquote am Arbeitsort	2019	13,03 % (Rheurdt) bis 108,51 % (Holzwickedede)
Veränderung der Beschäftigungsquote am Arbeitsort	2015–2019	-24,63 %P (Merzenich) bis +33,15 %P (Schloß Holte-Stukenbrock)
hochqualifizierte Beschäftigte	2020	5,61 % (Augustdorf) bis 36,24 % (Bonn)
Veränderung hochqualifizierte Beschäftigte	2015–2020	+0,23 %P (Borgholzhausen) bis +6,34 %P (Düsseldorf)
Pendelnde mit einem Arbeitsweg von 50 km und mehr	2017	4,40 % (Plettenberg) bis 26,40 % (Blankenheim)
Veränderung der Pendelnden mit einem Arbeitsweg von 50 km und mehr	2007–2017	-4,60 %P (Weeze) bis +5,60 %P (Oer-Erkenschwick)
Beschäftigungsquote Frauen am Wohnort	2020	38,38 % (Selfkant) bis 64,59 % (Rosendahl)
Veränderung der Beschäftigungsquote Frauen am Wohnort	2015–2020	+2,01 %P (Kleve) bis +13,52 %P (Borgentreich)
SGB-II-Quote	2020	1,77 % (Hallenberg) bis 25,10 % (Gelsenkirchen)
Veränderung der SGB-II-Quote	2015–2020	-3,17 %P (Wesseling) bis +1,78 %P (Gladbeck)
Betreuungsquote	2020	8,38 % (Kleve) bis 42,40 % (Nordkirchen)
Kinderarmut	2019	2,29 % (Hallenberg) bis 39,95 % (Gelsenkirchen)
Veränderung der Kinderarmut	2015–2019	-7,43 %P (Hamm) bis +5,04 %P (Schleiden)
Altersarmut	2018	0,68 % (Hille) bis 7,99 % (Düsseldorf)
Veränderung der Altersarmut	2014–2018	-1,16 %P (Lichtenau) bis +1,76 %P (Gangeltt)
Anzahl freier Dauerpflegeplätze in Pflegeeinrichtungen (Mittelwert vom 16.12.2020 und 12.4.2021)	2020/2021	0 pro 100.000 Einwohner_innen (97 Gemeinden) bis 384,3 pro 100.000 Einwohner_innen (Herzebrock-Clarholz)
Anzahl der Pflegeeinrichtungen	2020	0 pro 100.000 Einwohner_innen (Rheurdt, Waldfeucht, Eslohe) bis 92,4 pro 100.000 Einwohner_innen (Heimbach)
Hausärztebesatz	2017	2,0 je 10.000 Einwohner_innen (Burbach) bis 11,0 je 10.000 Einwohner_innen (Legden)
Mietpreise je Quadratmeter	2020	4,2 Euro/m ² (Marienmünster) bis 11,7 Euro/m ² (Köln)
Veränderung der Mietpreise je Quadratmeter	2015–2020	+0,2 Euro/m ² (Balve) bis +1,9 Euro/m ² (Ladbergen)
Medianentgelt am Wohnort	2019	2.977,4 Euro (Versmold) bis 4.222,9 Euro (Odenthal)
Veränderung Medianentgelt am Wohnort	2015–2019	+147,9 Euro (Rheda-Wiedenbrück) bis +422,1 Euro (Selfkant)
Steuerkraft je Einwohner_in	2019	719,2 Euro (Oer-Erkenschwick) bis 11.226,6 Euro (Monheim am Rhein)
Veränderung der Steuerkraft je Einwohner_in	2014–2019	-757,4 Euro (Hilchenbach) bis +3.512,2 Euro (Monheim am Rhein)
Gewerbesteuer (je Einwohner_in)	2019	139,2 (Selfkant) bis 4.870,5 (Monheim am Rhein)
kommunale Verschuldung je Einwohner_in	2019	19,2 Euro (Raesfeld) bis 11.101,14 Euro (Siegburg)

Indikator	Jahr	Wertebereich von ... bis
Sachinvestitionen je Einwohner_in (Mittelwert)	2016–2019	0,09 Euro (Goch) bis 4,65 Euro (Monheim am Rhein)
Investitionsfördermaßnahmen je Einwohner_in (Mittelwert)	2016–2019	0,06 Euro (Everswinkel) bis 1,49 Euro (Herne)
Nahversorgung Haltestellen (max. 1.000 Meter Distanz bis zur nächstgelegenen Haltestelle des ÖV mit mindestens 10 Abfahrten am Tag)	2020	63,8 % (Weeze) bis 100 % (Herzogenrath, Hilden)
Wahlbeteiligung	2017	54,1 % (Lotte) bis 78,2 % (Roetgen)
Veränderung der Wahlbeteiligung	2013/2017	+1,3 %P (Bartrup) bis +10,6 %P (Lindlar)
Breitbandverfügbarkeit 1.000 Mbit/s	2019	0% der Haushalte (12 von 396 Gemeinden) bis 99,3% der Haushalte (Metelen)
Gesamtwanderungssaldo (Zuzüge-Fortzüge)	2016–2019	-104,4 je 1.000 Einwohner_innen (Borgentreich) bis 64,8 je 1.000 Einwohner_innen (Kleve)
Saldo Familienwanderungen (Zuzüge-Fortzüge)	2016–2019	-198,8 je 1.000 Einwohner_innen (Borgentreich) bis 113,1 je 1.000 Einwohner_innen (Havixbeck)
Saldo Bildungswanderungen (Zuzüge-Fortzüge)	2016–2019	-487,5 je 1.000 Einwohner_innen (Borgentreich) bis 506 je 1.000 Einwohner_innen (Aachen)

Kreisebene

Kurzarbeit	2020 (Mai)	8,92 % (Leverkusen) bis 25,3 % (Hagen)
Branchenbetroffenheit	2020	11 % (Herne) bis 47,1 % (Olpe)
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner_in	2018	22.740 Euro (Bottrop) bis 81.563 Euro (Düsseldorf)
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner_in	2014–2018	-152 Euro (Oberhausen) bis +13.679 Euro (Bonn)
Schulabgänger_innen ohne Abschluss	2018	3,4 (Viersen) bis 10,1 (Krefeld)
Veränderung Schulabgänger_innen ohne Abschluss	2014–2018	-3,3 (Remscheid) bis +4,5 (Herne)

Anhang C

Methodische Erläuterungen zur Clusteranalyse

Im ersten Schritt werden die neun Indikatoren mittels z-Transformation standardisiert, um die unterschiedlich skalierten Variablen (etwa Prozentwerte oder durchschnittliche Beträge in Euro) vergleichbar zu machen. Anschließend erfolgt die Clusteranalyse. Ziel der Clusteranalyse ist es, Gemeinden aufgrund ihrer Ähnlichkeit hinsichtlich bestimmter Merkmalsausprägungen zu Clustern zusammenzufassen. Die Zuordnungsalgorithmen dienen dazu, die Unterschiedlichkeit der Raumeinheiten innerhalb eines Clusters (Raumtyp) zu minimieren und zugleich die Unterschiedlichkeit zwischen den Clustern (Raumtypen) zu maximieren. Es gilt, die bestmögliche Zuordnung sowie die geeignete Clusteranzahl zu finden. Zur Bestimmung der geeigneten Clusterzahl wurde die hierarchische (agglomerative) Clusteranalyse verwendet, die die 396 Gemeinden mit der geringsten euklidischen Distanz zu Clustern zusammenfasst. Die Zusammenfassung der Fälle zu Gruppen erfolgt auf Grundlage der Ähnlichkeitswerte mit dem Ward-Algorithmus. Er tendiert zur Bildung kompakter, in sich homogener sowie überlappungsfreier Gruppen und ist daher gut geeignet für Raumtypologien.

Zuvor gebildete Cluster werden zu neuen Clustern zusammengefügt, wobei wiederum die geringste euklidische Distanz

über die Zuordnung entscheidet. Die Distanz wird jedoch anhand der clusterangehörigen Gemeinden jeweils neu ermittelt. Im letzten Fusionsschritt würden alle 396 Gemeinden einem einzigen Cluster angehören. Die Bestimmung der geeigneten Clusterzahl erfolgt nun mithilfe des sogenannten Dendogramms. Daraus kann abgelesen werden, ab welcher Fusionsstufe die Heterogenität innerhalb der Cluster ein (noch) vertretbares Maß aufweist: Bei sehr wenigen Clustern ist die Heterogenität in der Regel sehr hoch, bei vielen Clustern sehr gering. Zugleich ist es relevant, wie viele Fälle auf den jeweiligen Fusionsstufen zu jeweils einem Cluster zusammengeführt werden. Es wird eine Lösung mit fünf Clustern bevorzugt, da sie zu klein besetzte Cluster vermeidet und zugleich eine ausreichende Differenzierung zwischen den Gemeinden zulässt.

Zur Ermittlung der Clusterzentren und Zuordnung der Gemeinden wird die Clusterzentrenanalyse nachgeschaltet. Sie ermöglicht eine möglichst gute Zuordnung der Gemeinden zu den Clustern. Das Clusterzentrum stellt die Kombination der Mittelwerte der Merkmalsausprägungen der neun Indikatoren dar. Für jeden Fall wird die euklidische Distanz zu jedem Clusterzentrum bestimmt und die Zuordnung erfolgt mit der Maßgabe, dass die euklidische Distanz minimal bleibt.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

- 5 Abbildung 1
Disparitätenkarte Nordrhein-Westfalen
- 6 Tabelle 1
Charakterisierung der Raumtypen für Nordrhein-Westfalen aus der Disparitätenkarte
- 8 Tabelle 2
Kurzbeschreibung und Handlungsbedarfe in den Raumtypen
- 9 Tabelle 3
Wesentliche Erkenntnisse – Arbeitsmarkt und Beschäftigung
- 10 Tabelle 4
Wesentliche Erkenntnisse – Lebens- und Bildungschancen
- 11 Tabelle 5
Wesentliche Erkenntnisse – Wohlstand und Gesundheit
- 12 Tabelle 6
Wesentliche Erkenntnisse – Staatliches Handeln und Partizipation
- 13 Tabelle 7
Wesentliche Erkenntnisse – Wanderungen

Literaturverzeichnis

Buch, Tanja; Hamann, Silke; Niebuhr, Annekatriin; Rossen, Anja 2014: What Makes Cities Attractive? The Determinants of Urban Labour Migration in Germany, in: Urban Studies 51 (9), S. 1.960–1.978, DOI: 10.1177/0042098013499796.

Heider, Bastian 2019: What Drives Urban Population Growth and Shrinkage in Postsocialist East Germany?, in: Growth and Change 50 (4), S. 1.460–1.486, DOI: 10.1111/GROW.12337.

Heider, Bastian; Stroms, Peter; Koch, Jannik; Siedentop, Stefan 2020: Where Do Immigrants Move in Germany? The Role of International Migration in Regional Disparities in Population Development, in: Population, Space and Place, DOI: 10.1002/PSP.2363.

Siedentop, Stefan; Münter, Angelika; Osterhage, Frank; Volgmann, Kati 2020: Überhitzt und unterkühlt: Wohnungsmärkte als Ausdruck und Antrieb des raumstrukturellen Wandels, in: Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Stadtentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen 2020: Bauen und Wohnen: Motoren der Stadtentwicklung, Düsseldorf, S. 12–23.

Stawarz, Nico; Rosenbaum-Feldbrügge, Matthias 2020: Binnenwanderung in Deutschland seit 1991: Aktuelle Analysen und Befunde, in: Bevölkerungsforschung Aktuell 41 (2), S. 3–7.

Impressum

ISBN:

978-3-96250-952-1

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Verantwortlich:

Petra Wilke

Titelmotiv:

dpa picture alliance/Scott Malcolm

Gestaltung:

Stetzer Kommunikationsdesign, München

Lektorat:

Sönke Hallmann, Berlin

Druck:

Druckerei Brandt, Bonn

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© Friedrich-Ebert-Stiftung Nordrhein-Westfalen
September 2021

